

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Weniger Bürokratie, mehr Versorgung – Den Fachkräftemangel durch Entlastung der Krankenhäuser bekämpfen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die zunehmende Bürokratisierung in deutschen Krankenhäusern hat einen erheblichen negativen Einfluss auf die Patientenversorgung und die Arbeitsbedingungen des medizinischen und pflegerischen Personals. Ärzte und Pflegekräfte verbringen laut einer Umfrage der Deutschen Krankenhausgesellschaft täglich im Schnitt drei Stunden mit Dokumentationsarbeiten, die keinen direkten Nutzen für die Behandlung der Patienten hat.
2. Aufgrund des bürokratischen Aufwandes stehen rund 34 Prozent der Pflegekräfte und 36 Prozent der Ärzte bundesweit nicht für die Patientenversorgung zur Verfügung. Dies verstärkt den zunehmenden Fachkräftemangel im Gesundheitswesen und wirkt sich zudem negativ auf die Motivation und Zufriedenheit der Beschäftigten aus. Fast 100 Prozent der in der Studie befragten Mitarbeiter beklagen die bürokratische Belastung.
3. Der Landtag erkennt die Dringlichkeit dieser Problematik an und sieht in den 55 konkreten Vorschlägen der Deutschen Krankenhausgesellschaft ein deutliches Potenzial zur Verbesserung der Attraktivität, Patientenversorgung und Verfügbarkeit von Personal in den Krankenhäusern.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene aktiv für die schnellstmögliche Umsetzung der 55 Vorschläge der Deutschen Krankenhausgesellschaft einzusetzen. Dabei ist sicherzustellen, dass der Fokus auf die Reduzierung unnötiger Dokumentationspflichten gelegt wird, um die verfügbare Arbeitszeit des medizinischen und pflegerischen Personals für die direkte Patientenversorgung nutzen zu können.
2. sich dafür einzusetzen, dass bürokratische Prüfungen und Nachweispflichten auf ein notwendiges Mindestmaß reduziert werden. Insbesondere sollen die Überprüfung durch den Medizinischen Dienst vereinfacht, unnötige Doppelprüfungen vermieden und die Dauer und Gültigkeit der Strukturprüfungen verlängert werden.
3. die Digitalisierung in den Krankenhäusern konsequent voranzutreiben, um zeitaufwendige manuelle Dokumentationsprozesse zu reduzieren. Elektronische Dokumentationen und Arbeitsprozesse sind zu erleichtern.
4. sich für die Einführung einer realistischen Bürokratiefolgenabschätzung für alle neuen Vorgaben im Gesundheitswesen einzusetzen. Vor der Einführung neuer Gesetze und Regelungen sollen deren Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung des medizinischen Personals geprüft und minimiert werden.
5. auf Bundesebene für eine Reform bzw. die Abschaffung der minutengenauen Dokumentationspflicht hinzuwirken. Diese wurde seitens des Bundesministeriums für Gesundheit eingeführt und bietet keinen erkennbaren Nutzen für die Patientenversorgung.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Der bürokratische Aufwand in deutschen Krankenhäusern hat ein Ausmaß erreicht, das die Qualität der Patientenversorgung und die Arbeitszufriedenheit des Personals erheblich beeinträchtigt. Laut einer Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft verbringen Ärzte sowie Pflegekräfte täglich bis zu drei Stunden mit Dokumentationsaufgaben, die häufig keinen direkten Nutzen für die Behandlung der Patienten haben.

Diese Bürokratie führt dazu, dass rd. 34 Prozent der Pflegekräfte und 36 Prozent der Ärzte in deutschen Krankenhäusern nicht für die Patientenversorgung zur Verfügung stehen. Der ohnehin bestehende Fachkräftemangel im Gesundheitswesen wird durch die Dokumentationslast weiter verschärft. Dies mindert nicht nur die Effizienz in der Versorgung, sondern gefährdet langfristig auch die Attraktivität der medizinischen und pflegerischen Berufe. Fast 100 Prozent der befragten Krankenhausmitarbeiter kritisieren die Bürokratie als überbordend und frustrierend. Die Belastung führt dazu, dass viele Fachkräfte ernsthaft über einen Berufsausstieg oder einen Wechsel nachdenken, was die Personalnot weiter verschärft.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat in Zusammenarbeit mit dem Krankenhauspersonal 55 konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau vorgelegt. Diese zielen darauf ab, Dokumentations- und Nachweispflichten zu vereinfachen und zu reduzieren, redundante Prüfungen abzuschaffen und die Digitalisierung in Krankenhäusern voranzutreiben. Eine Entbürokratisierung würde nach Berechnungen der DKG etwa 47 000 Pflegekräfte und 21 600 Ärzte für die direkte Patientenversorgung freisetzen.

Um den negativen Entwicklungen im Gesundheitswesen entgegenzuwirken, ist es unerlässlich, dass die Landesregierung sich auf Bundesebene für die schnelle Umsetzung dieser Vorschläge einsetzt. Durch gezielte Maßnahmen zur Reduzierung der Bürokratie kann das Gesundheitswesen erheblich entlastet werden, ohne dass zusätzliches Personal eingestellt werden muss. Dies würde zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, einer erhöhten Attraktivität der Berufe im Gesundheitswesen und einer Optimierung der Patientenversorgung führen.

Eine Reform der minutengenauen Dokumentationspflichten, die zusätzliche bürokratische Lasten ohne Mehrwert für die Patientenversorgung verursacht, ist besonders dringlich. Ebenso notwendig ist es, für neue gesetzliche Regelungen eine realistische Bürokratiefolgenabschätzung einzuführen, um unnötige Belastungen von Anfang an zu vermeiden.

Die Umsetzung der Vorschläge der Deutschen Krankenhausgesellschaft ist ein entscheidender Schritt zur Bewältigung des Fachkräftemangels und zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung in Deutschland.